



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Heike Hänsel, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117
FAX +49 (0)30 18 681-11019
INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 9. Mai 2016

BETREFF **Schriftliche Frage Monat April 2016**
HIER Arbeitsnummer 4/245

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Dr. Ole Schröder

Schriftliche Frage der Abgeordneten Heike Hänsel
vom 29. April 2016
(Monat April 2016, Arbeits-Nr. 4/245)

Frage

Mit welchen Maßnahmen wollen die Regierungen Deutschlands und der Türkei ihre verabredete „enge Zusammenarbeit insbesondere in den Bereichen Extremismus und Terrorismus“ umsetzen (Bundestagsdrucksache 18/7861), und mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung bei der Zentralisierung der Zuständigkeiten für den Grenzschutz und der Einrichtung einer neuen Abteilung der Polizei für die „Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusungskriminalität“ unterstützt?

Antwort

Am 23. Februar 2016 wurde eine Gemeinsame Absichtserklärung zwischen Deutschland und der Türkei in Ankara unterzeichnet.

Das Dokument bildet die Grundlage für eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium des Innern und dem türkischen Innenministerium und beinhaltet einen stärkeren Austausch zwischen den beteiligten Behörden im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Für Deutschland sind neben dem Bundesministerium des Innern das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz an dieser intensivierte Zusammenarbeit beteiligt.

Die Zusammenarbeit erstreckt sich u. a. auf folgend Bereiche:

Beide Seiten ergreifen Maßnahmen, um die Einreise terroristischer Organisationen oder einzelner Terroristen in das jeweilige Hoheitsgebiet beider Seiten gemäß Punkt 6 Buchstabe (a) der Resolution 2178 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zu verhindern.

Darüber hinaus arbeiten beide Seiten auf der Grundlage internationaler Verträge und des innerstaatlichen Rechts zusammen und tauschen Informationen aus, mit dem Ziel, terroristische Bestrebungen in allen Formen und Facetten, einschließlich des sog. Islamischen Staates (IS), der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C) und anderen zu verhindern, zu bekämpfen und zu verfolgen.

Des Weiteren unterstützen die Seiten einander bei der Verhinderung und Verfolgung terroristischer Bestrebungen sowie bei der Ermittlung und Verhaftung der Verdächtigen.

Die Zusammenarbeit findet im Rahmen von Erkenntnisanfragen sowie Erkenntnismitteilungen, Erfahrungs- und Informationsaustauschen sowie auf gemeinsamen Workshops statt. Soweit personenbezogene Daten übermittelt werden, richtet sich dies nach den gesetzlichen Übermittlungsvorschriften.

Die Türkei wird bei der Zentralisierung der Zuständigkeiten für den Grenzschutz und der Einrichtung einer neuen Abteilung der Polizei für die „Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusungskriminalität“ nicht durch Maßnahmen der Bundesregierung unterstützt.